Nr. 530. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 11. November 1892.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Die Steuergesetz-Entwürfe.

(Schluß.)

Bei dem mäßigen Fuße der Vermögenssteuer von ein Halb vom Tausend liegt die Gefahr, daß dieselbe konfiskatorisch wirken könnte, nicht vor. Es sprechen aber sozialpolitische Rücksichten dringend für die baldige Durchführung eines Steuersystems, in welchem die Vermögenden, ihrer höheren Leistungsfähigkeit entsprechende, stärker als die Besitzlosen zu den öffentlichen Lasten herangezogen werden. Jede Vervollkommnung der Staatseinrichtungen auf diesem Gebiete wird dazu beitragen, die bestehenden Gegensätze auszugleichen, und berechtigten Beschwerden über eine ungleiche Vertheilung der Staatslasten den Boden zu entziehen.

Die Vermögenssteuer soll als eine nothwendige Ergänzung der Einkommensteuer in dreifacher Hinsicht wirken. Einmal handelt es sich dabei um die besondere Erfassung des auf Vermögensbesitz gegründeten Einkommens. Sodann soll die Vermögenssteuer ergänzend eintreten, wo die Einkommenssteuer eine vorhandene Steuerkraft nicht oder doch nicht genügend erfaßt, und drittens soll dieselbe nicht nur den nach Aufgabe der Ertragssteuern sonst ungedeckten Fehlbetrag arithmetisch ausgleichen, sondern zugleich das zur dauernden Sicherung der Staatssteuern unentbehrliche Glied in das Finanzsystem einfügen.

Die Eigenschaft einer ergänzenden Abgabe soll die Vermögenssteuer namentlich auch darin bewahren, daß sie im Vergleiche zur Hauptsteuer sowie vermöge ihres niedrigen Steuerfußes nur eine mäßige Belastung der Pflichtigen darstellt. Durch die Ergänzungssteuer sind 35,000,000 Mk., also nur etwa 28 Prozent der für 1892/93 auf etwa 120,000,000 Mk. zu veranschlagenden Isteinnahme der Einkommensteuer aufzubringen. Sollte das Aufkommen des ersten Jahres den veranschlagten Ertrag wesentlich überschreiten, so ist im Gesetzentwurf eine entsprechende Herabsetzung der Steuersätze ausdrücklich vorgesehen. In angemessenen Grenzen bewegt sich auch der vorgeschlagene Steuerfuß. Bei Annahme einer durchschnittlichen Rentirung der Vermögenswerthe mit 4 Prozent wird die Ergänzungssteuer nicht mehr als 1¼ Prozent des Einkommens in Anspruch nehmen, somit auch in den höchsten Einkommensstufen die Gesammtbelastung des fundirten Einkommens durch direkte Staatssteuern den Betrag von 5¼ Prozent nicht überschreiten.

Der dritte Gesetzentwurf endlich betrifft die **Regelung des Kommunalabgabenwesens.** Da die Objektbesteuerung von Grundbesitz und Gewerbe für die Zukunft den Gemeinden überwiesen werden soll, könnten daraus Gefahren entstehen. Zur Vorbeugung derselben sowie zur Beseitigung schon vorhandener Mißstände in dem Kommunalsteuerwesen bedarf es einer neuen Rechtsordnung, welche eine sachgemäße Bewirthschaftung der Steuerquellen durch die Gemeinden sicherstellt. Dies ist die Aufgabe des Kommunalabgabengesetzes. Der Staat darf das Kommunalsteuerwesen regeln, weil die Gemeinden das Besteuerungsrecht von ihm herleiten. Selbst in England, wo die Gemeinden die vollste Selbstständigkeit in der Verwaltung ihrer inneren Angelegenheiten besitzen, hat der Staat auf dieses Recht nicht verzichten können. Wird die Steuerkraft durch verkehrte Einrichtung oder Handhabung der Gemeindebesteuerung überspannt oder in Folge ungleichmäßiger Belastung geschwächt, so ist eine nachtheilige Rückwirkung auf das wirthschaftliche Gedeihen der Gemeinde, aber auch unmittelbar auf den Ertrag der Staatssteuern und damit auf die Finanzwirthschaft des Staates unausbleiblich.

Nach den im Gesetzentwurf niedergelegten Grundsätzen wird der im Wege der direkten Besteuerung aufzubringende Gemeindebedarf thunlichst beschränkt. Die Gemeinde soll, bevor zur Deckung der Gemeindeausgaben Steuern erhoben werden, für die Benutzung ihrer im öffentlichen Interesse unterhaltenen Veranstaltungen angemessene Gebühren erheben und zur Deckung von Aufwendungen, welche vorzugsweise einem bestimmten Kreise der Gemeindeangehörigen zu Gute kommen, von den dabei zunächst betheiligten Interessenten Beiträge einziehen. Zu diesem Zwecke ist für die Gemeinden im Gesetze die Ermächtigung zur Erhebung solcher Gebühren genau präzisirt. Die Verwaltungsgebühren müssen so bemessen werden, daß deren Aufkommen die Kosten des bezüglichen Verwaltungszweiges nicht übersteigt. Die Vorschriften über das Marktstandsgeld werden nicht berührt. Ebenso behält es bei den Gesetzen über die Errichtung öffentlicher Schlachthäuser sein Bewenden. Jedoch dürfen für die Schlachthausbenutzung Gebühren bis zu einer solchen Höhe erhoben werden, daß ihr jährliches Aufkommen außer dem zur Unterhaltung der Anlagen und für die Betriebskosten erforderlichen Betrage 8 Prozent des Anlagekapitals und der etwa gezahlten Entschädigungssumme nicht übersteigt. Die Gebühren für die Untersuchung des nicht in Schlachthäusern ausgeschlachteten Fleisches können in einer den Gebühren für die Schlachthaushaltung entsprechenden Höhe bemessen werden.

Soweit die Reichsgesetze nicht entgegenstehen, soll eine weitere Pflege zweckmäßiger indirekter Steuern eintreten. Steuern auf den Verbrauch von Fleisch, Getreide, Mehl, Backwerk, Kartoffeln und Brennmaterialien aller Art dürfen nicht neu eingeführt oder in ihren Sätzen erhöht werden. Die Einführung einer Wildpret- und Geflügelsteuer ist zulässig auch in den früher nicht mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Gemeinden, desgleichen die Besteuerung von Lustbarkeiten, Halten von Hunden.

Ferner soll die direkte Gemeindebesteuerung mehr als bisher auf Realsteuern begründet, dagegen die Zuschläge zur Einkommensteuer wesentlich ermäßigt werden. Die Realsteuern sollen den Grund und Boden und die Gewerbebetriebe für die ihnen vorzugsweise zu Gute kommenden oder durch sie veranlaßten Ausgaben nach dem Grundsatze der Leistung und Gegenleistung in Anspruch nehmen, während die Aufwendungen für allgemeine öffentliche Zwecke allen Einwohnern zur Last fallen und von denselben auch innerhalb der Gemeinde nach Maßgabe der persönlichen Leistungsfähigkeit, also im Wege der Einkommensbesteuerung aufzubringen sind.

Demnach sollen regelmäßig durch Realsteuern diejenigen Aufwendungen der Gemeinden gedeckt werden, welche in überwiegendem Maße dem Grundbesitz und dem Gewerbebetriebe zum Vortheil gereichen. Um einem übermäßigen Anschwellen der Einkommensteuerzuschläge vorzubeugen, bestimmt das Gesetz, daß, wenn solche Zuschläge erhoben werden, mindestens gleich hohe, höchstens um die Hälfte höhere Prozente der vom Staate veranlagten Realsteuern (Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer) erhoben werden. Werden Zuschläge nur zu den veranlagten Realsteuern erhoben, so dürfen dieselben höchstens 150 Prozent dieser Steuern betragen.

Des Weiteren ist den Gemeinden zum Zwecke der Realbesteuerung die Einführung besonderer Steuern von Grundbesitz, sowie von dem im Gemeindebezirke stehenden Gewerbe gestattet. So lange aber besondere Steuern von Grundbesitz oder Gewerbebetrieben nicht eingeführt sind, soll die Realbesteuerung der Gemeinden in Form der vom Staate auch nach dem Verzichte zu veranlagenden Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer erfolgen. Die Befugniß der Gemeinden zur Einführung besonderer Steuern ist namentlich auch auf den für die Gemeindebesteuerung besonders geeigneten Betrieb der Schankwirthschaft, der Gastwirthschaft sowie des Kleinhandels mit Branntwein und Spiritus ausgedehnt.

Schließlich ist bestimmt, daß die Gemeindeeinkommensteuer ganz oder theilweise durch Aufwandsteuern, wie Miethssteuer und Wohnungssteuer ersetzt werden dürfen. Im Uebrigen darf sie nur in Form von Zuschlägen zur Staatseinkommensteuer erhoben werden. Unter Vorbehalt der Genehmigung der Aufsichtsbehörde kann dabei eine verschiedene Bemessung der Zuschläge für die einzelnen Stufen des Steuertarifs, welche sich namentlich auch in kleinen Gemeinden als nothwendig ergeben wird, zugelassen werden.

Die im Vorstehenden dargelegten Vorschläge der Staatsregierung verfolgen das Ziel, ohne Mehrbelastung für die Gesammtheit der Steuerpflichtigen eine die Interessengegensätze ausgleichende gerechtere Vertheilung der bestehenden Steuerlast herbeizuführen. Allerdings wird sich der erstrebte Ausgleich nicht ohne Mehrbelastung einzelner Personen und einzelner Klassen der Bevölkerung erreichen lassen.

Die wesentlichen Ergebnisse der Reformen werden einmal darin bestehen, daß die dem Staate einerseits, den Gemeinden andererseits vorzugsweise vorbehaltenen Gebiete der Besteuerung sachgemäß gegen einander abgegrenzt werden, und ferner darin, daß nach Beseitigung der bestehenden Doppelbesteuerung fortan als Grundlage der direkten Besteuerung des Staates die nach der persönlichen Leistungsfähigkeit veranlagte Einkommensteuer, ergänzt durch eine nur den Besitz mit einem mäßigen Satze treffende Vermögenssteuer, dient. Die letztere tritt an Stelle der Ertragssteuern. Die Verschiebung, welche dadurch erfolgt, geht nach Schätzung dahin, daß der Grundbesitz (einschließlich der gewerblichen Gebäude), welcher für die Ertragssteuern gegenwärtig 73 Millionen aufbringt, vermuthlich an der Vermögensteuer mit 12 Millionen betheiligt sein wird, also künftig 61 Millionen weniger zu erbringen hat, das Gewerbe, welches gegenwärtig an Gewerbesteuer, Bergwerkssteuer und Gebäudesteuer 29 Millionen aufbringt, künftig mit 10 Millionen an der Vermögenssteuer, also mit 19 Millionen weniger betheiligt sein wird. Das Kapital ist durch die Ertragssteuern gegenwärtig nicht belastet, wird es künftig jedoch durch die Vermögenssteuer mit 13—14 Millionen.

Schließlich wird durch die Reform eine bessere Steuervertheilung in den Gemeinden durch Berücksichtigung von Leistung und Gegenleistung, von Last und Vortheil erreicht werden. Die Wirkung der Reform wird für den Haushalt der einzelnen Gemeinden verschieden sein. Unumstößlich bleibt aber die Thatsache, daß den Gemeinden im Ganzen durch den Verzicht des Staates auf die Ertragssteuern eine sehr wirksame Hülfe zur Erleichterung der kommunalen Lasten gewährt wird. Mit dem Inkrafttreten der Reformgesetze werden Steuerquellen mit einem bisher zur Staatskasse geflossenen Ertrage von rund 100 Millionen Mark für Zwecke der kommunalen Besteuerung frei. Veranschlagt man selbst die Mehrleistung, die in Folge Aufhebung des Gesetzes vom 14. Mai 1885 an Kreissteuern aufzubringen sein wird, auf rund 30 Millionen Mark, so bleiben zur Erleichterung der bisherigen kommunalen Lasten rund 70 Millionen Mark oder etwa 2⅓ Mark auf den Kopf der Bevölkerung verfügbar, mehr als 60 Prozent der von den physischen Personen zu entrichtenden Staatseinkommensteuer. Die Erleichterung wird dabei vorzugsweise denjenigen Gemeinden gewährt, welche bisher überbürdet waren. Jedenfalls wird in Zukunft das Finanzwesen aller kommunalen Verbände auf weit festeren und sichereren Grundlagen ruhen als bisher.

Deutschland.

Berlin, 11. November. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Unbeglaubigte Nachrichten über die Schicksale, welche in der letzten Sitzung des Bundesraths die Militärvorlage erlebt haben sollte, sind unsererseits unberücksichtigt geblieben. Nachdem auch allerhand mißwollende Kommentare aus jenen Nachrichten herausgewachsen sind, geben wir zur Information nachstehend wieder, was, unseres Erachtens zutreffend, auswärtigen Blättern über diese Angelegenheit geschrieben wird, und bemerken, daß auch auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Bundesraths sich die Militärvorlage nicht befindet. Die betreffende Information besagt: „Die Militärvorlage oder genauer der Bericht der zuständigen Ausschüsse über sie stand am letzten Donnerstag auf der Tagesordnung der Plenarsitzung des Bundesrathes. Die Angaben über das Ergebniß der Berathung haben bisher geschwankt; man wußte nicht recht, ob die Vorlage beschlossen und der Beschluß geheim gehalten, oder ob und aus welchen Gründen sie von der Tagesordnung wieder abgesetzt worden sei. Neuerdings heißt es sogar, es möchten sich wohl materielle Schwierigkeiten ergeben haben. Wie wir von bestunterrichteter Seite erfahren, liegt die Sache einfach wie folgt: Die Ausschüsse haben den Text des Entwurfs völlig unberührt gelassen und empfehlen dem Plenum die volle Genehmigung; dagegen schlagen sie verschiedene Aenderungen in der Begründung des Entwurfs vor. Einige Bevollmächtigte wünschten dazu noch Instruktion ihrer Regierungen einzuholen. Deshalb, und weil die Erledigung des Entwurfs gar keine Eile hat, wurde die endgültige Beschlußfassung verschoben. Die ganze Sache hat, worüber in Bundeskreisen selbst nicht der mindeste Zweifel besteht, eine rein formale Bedeutung. Die Nachricht, daß beabsichtigt sei, unmittelbar nach dem entscheidenden Beschluß des Bundesraths die ganze Vorlage zu veröffentlichen, ist völlig unbegründet. Die Vorlage soll erst mit der Einbringung in den Reichstag am 22. oder 23. November der Öffentlichkeit übergeben werden. Was die finanziellen Entwürfe zur Deckung der durch die Militärvorlage bedingten Mehrausgaben betrifft, so besteht nach wie vor die bestimmte Aussicht, daß sie bis Weihnachten fertig sein werden. Wie uns neuerdings bestätigt wird, sind von süddeutscher Seite Bedenken gegen die Verringerung des Unterschiedes in den beiden Sätzen der Verbrauchsabgabe — 50 Mark für das Hektoliter der kontingentirten Menge und 70 Mark für das Mehrerzeugniß — geltend gemacht worden. Man hat nichts gegen die Erhöhung des niedrigeren Satzes von 50 auf 55 Mark, wünscht dann aber auch eine Erhöhung des höheren Satzes von 70 auf 75 Mark, damit den Brennern der aus dem bisherigen Unterschiede von 20 Mark entstehende Vortheil ganz erhalten werde. Es wird nicht schwer sein, das Bedenken, das im Interesse der fast nur kleineren süddeutschen Brennereien geäußert wird, zu überwinden. Auf eine Auflage auf deutschen Schaumwein — neben der höheren Besteuerung von Tabak, Bier, Branntwein und Börse — wird man wahrscheinlich ihrer geringen finanziellen Wirkung wegen verzichten."

— Ein Telegramm aus Flensburg meldet dem „B. T.", daß die Mutter unserer Kaiserin, die Herzogin Adelheid, die Absicht habe, ihren Wohnsitz und Hofstaat aus Dresden dauernd nach Gravenstein zu verlegen.

— In einer Reihe klerikaler Blätter wird jetzt betheuert, daß das Zentrum zwar den Grafen Caprivi sehr hoch schätze, aber darum doch keine Veranlassung habe, die Militärvorlage, wie sie geplant ist, zu unterstützen, um ihn so im Amte zu halten. Das Vertrauen auf die nachbismarckische Aera sei denn doch, wie das Blatt sich ausdrückt, „in sehr wichtigen Punkten und manchen empfindlichen Kleinigkeiten" zu sehr getäuscht worden. Dann werden die bekannten kirchenpolitischen Kleinigkeiten aufgezählt und zum Schluß die Frage gestellt, ob nicht manchmal ein Ende mit Schrecken besser sei, als ein Schrecken ohne Ende. Diese Auslassungen erscheinen so merkwürdig gleichzeitig, daß die Frage berechtigt ist, ob sie nicht einen lediglich taktischen Zweck haben.

— Wiederholt hat die klerikale Presse in den letzten Monaten mit Aeußerungen des Papstes über die Zentrumspartei gekrebst. So giebt jetzt die „Germania" den Inhalt eines an den „französischen" Abbé Kannegießer gerichteten Antwortschreibens wieder, der dem Papste zwei Schriften: „Die deutschen Katholiken" und „Das Erwachen eines Volkes" überreicht hatte. Ueber die deutschen Katholiken bemerkte der Papst: „Wiederholt haben wir auch das herrliche Beispiel einträchtiger Festigkeit gelobt, welches das katholische Deutschland unter der Führung ausgezeichneter Männer schon seit langer Zeit giebt." Was mit der Veröffentlichung dieser Erklärung bezweckt werden soll, ist nicht recht erfindlich. Selbstverständlich hat der Papst Anlaß, zufrieden zu sein mit einer Partei, die sich selbst als des Papstes Garde bezeichnet hat und keine öffentliche Versammlung abhält, in der nicht erst des Papstes und dann des Kaisers gedacht würde. Unter den romanischen Völkern und in erzkatholischen Staaten hat der Papst sich der gleichen Rücksicht nicht zu erfreuen. Da heißt es: erst der Staat und dann der Papst. Jedenfalls kann das dem Zentrum gespendete Lob die Thatsache nicht vergessen machen, daß der altersschwache Papst sich in den letzten Monaten von seiner französisch gesinnten Umgebung zu einer Politik hat bestimmen lassen, die seinen erklärten Lieblingen in Deutschland schlimme Verlegenheiten bereitet hat und vielleicht noch schlimmere bereiten wird. Wenn der Papst sich gegen die Revolution und revolutionären Ideen ausgesprochen, so ist das kaum mehr als eine akademische Betrachtung, die vielleicht des Herzens wahre Gesinnung offenbaren mag, praktisch jedoch keinerlei Bedeutung hat. Praktisch fährt er und fahren seine Rathgeber fort, den Vertretern jener revolutionären Ideen, die jetzt in Frankreich die Herrschaft führen, die Wege zu ebnen, und das Alles nur, um jene Mißherrschaft am Tiberstrom wieder aufzurichten, die zum Segen Italiens seit zwei Jahrzehnten verschwunden ist.

Stuhm, 10. November. Eine Anzahl hiesiger Bürger stellte als Kandidaten der deutschfreisinnigen Partei für den Reichstagswahlkreis Stuhm-Marienwerder den Amtsrichter Rother von hier auf.

Liegnitz, 10. November. Bei den Stadtverordnetenwahlen der dritten Abtheilung, in welcher die Sozialdemokraten früher stark vertreten waren, haben dieselben diesmal eine große Niederlage erlitten.

Neumünster, 9. November. Unter dem Vorsitze des Landraths Baron v. Heintze-Bordesholm fand hier gestern eine Versammlung behufs Berathung über die Gründung eines nordelbischen Verpflegungs-Stations-Verbandes statt. Angesehene Männer aus allen Theilen der Provinz, aus Hamburg, Lübeck und dem Fürstenthum Lübeck waren herbeigekommen, um an den Verhandlungen Theil zu nehmen; die Regierung war durch den Oberpräsidenten v. Steinmann und den Regierungspräsidenten Zimmermann vertreten. Der Klosterprobst Graf Reventlow-Preetz hielt einen einleitenden Vortrag, der in dem Antrage gipfelte, die durch die Verpflegungsstationen entstehenden Kosten auf die Kreiskassen zu übernehmen, weil nach den gemachten Erfahrungen auf diese Weise dem Lande ungeheure Kosten erspart und die Last, welche jetzt nur die an großen Heerstraßen wohnende Bevölkerung treffe, auf das ganze Land vertheilt würde. Oberpräsident von Steinmann erklärte, daß er der Sache mit großer Sympathie gegenüber stehe; es könne jedoch heute kein Verband gegründet werden, da es an Vollmachten fehle und es sich bei der Erhaltung der Stationen um öffentliche Mittel handele. Regierungspräsident Zimmermann weist an der Hand eines großen statistischen Materials nach, wie die Belastung der Provinz und ihrer Bevölkerung durch Bettelei und Vagabondage gewachsen sei; im Jahre 1874 seien in der Provinz 1300 Bettler verhaftet worden, im Jahre 1891 dagegen 7000 und im laufenden Jahre bis heute 7800. Nach vierstündiger lebhafter Debatte wurde endlich mit allen Stimmen gegen eine (die des Landraths Brütt-Rendsburg, welcher die Errichtung von Arbeiterkolonien statt Verpflegungsstationen befürwortete) als nothwendig anerkannt, daß das Unterstützungswesen für die Wanderer fortbestehen müsse. Eine Reorganisation desselben, wie es jetzt besteht, wurde erforderlich erachtet. Endlich wurde die Gründung eines die Provinz Schleswig-Holstein und die freien Hansestädte Hamburg und Lübeck, sowie das Fürstenthum Lübeck umfassenden Verbandes der Verpflegungsstationen (Wanderarbeitsstätten) für wünschenswerth erklärt. Zur Ausarbeitung der Reorganisations-Vorschläge und Weiterführung der Angelegenheit wurde eine Kommission niedergesetzt.

Hamburg, 10. November. Gutem Vernehmen nach wird die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Gesellschaft, da in der letzten Zeit hier keine Cholerafälle mehr vorgekommen sind, von der zeitweiligen Expedirung ihrer Schnelldampfer ab Wilhelmshafen abstehen.

Neustadt i. M., 9. November. Das hiesige Technikum fährt fort, sich ungemein günstig zu entwickeln. Das neue Winterhalbjahr ward am 2. d. M. eröffnet. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 290 Anmeldungen erfolgt, zum großen Theil von auswärts und aus dem Reichsauslande. Im vorigen Winter betrug die Schülerzahl 269, im Sommer 146. Außer einigen Hülfslehrern unterrichten jetzt 11 Fachlehrer an der Anstalt, drei derselben, der königliche Regierungsbauführer Maschineningenieur Wolf, Architekt Nothan-Riga, Architekt Nippes-Berlin sind neu angestellt.

Wernigerode, 9. November. Wie jetzt bekannt, trifft der Kaiser am 14. d. Mts., Abends gegen 6 Uhr, hier ein; auf dem Bahnhofe findet kein offizieller Empfang statt. Der Kaiser fährt vom Bahnhof durch die Kaiser-, Breite- und Burgstraße über den Burgberg nach dem fürstlichen Schlosse. Die Anwohner dieser Straßen werden ihre Häuser in würdiger Weise schmücken. Auch sollen die von den Festsälen aus sichtbaren Fronten der Stadt und der Vororte Nöschenrode und Hasserode erleuchtet werden; ferner sollen Freudenfeuer auf den umliegenden Bergen angezündet werden. Bei der Abendtafel im Schloß wird die Tafelmusik von der hiesigen Konzertkapelle des Herrn O. Fritsche ausgeführt. Am 15. d. Mts. früh begeben sich die gesammten Jagdtheilnehmer in den Wernigeroder Saupark, wo Vormittags gejagt wird. Nachmittags findet eine zweite Jagd statt. Der Kaiser wird zu dieser den Weg durch die Kaiserstraße in Nöschenrode nehmen, um sich durch die Burg-, Breite- und Westernstraße nach dem Hasseroder Saupark zu begeben. Die Aufstellung der im Kreise Wernigerode bestehenden Krieger-, Landwehr- und anderen Vereine in den Straßen wird der städtische Oberförster Koch leiten. Näheres ist darüber heute Abend beschlossen worden. Am späten Abend des 25. wird der Kaiser voraussichtlich vom Schlosse aus direkt nach dem Bahnhofe durch den Lustgarten fahren; der Weg wird von Fackelträgern beleuchtet werden. Montag Abend beabsichtigen die hiesigen Gesangvereine vereint im Hofe des fürstlichen Schlosses dem Kaiser eine Abendmusik zu bringen; der Chor besteht aus mehreren hundert Sängern und steht unter Leitung des Musikdirektors Ehrhardt.

München, 9. November. Eine große sozialdemokratische Volksversammlung nahm mit allen gegen eine Stimme folgende Resolution an: „Ausgehend von dem allen Genossen zustehenden Rechte der Meinungsäußerung über taktische und prinzipielle Fragen können die Münchener Genossen in dem Standpunkt des Herrn v. Vollmar in der Frage des Staatssozialismus eine Verletzung der Prinzipien der Partei nicht erkennen. Ganz abgesehen von der Richtigkeit seiner Ansichten über diese Frage und in der Ueberzeugung, daß über die zu Tage gekommenen Maßnahmen des Staatssozialismus nur eine ablehnende Meinung in der Partei vorhanden sein kann, betrachten die Münchener Genossen es als den Grundsätzen der Partei entsprechend, wenn abweichende Anschauungen nicht in persönlicher, sondern rein sachlicher Weise zum Ausdruck gelangen. Da die verschiedenen sozialen Verhältnisse andere Formen des Klassenkampfes bedingen, so sollte es in erster Linie den Genossen der betreffenden Orte und Bezirke anheim gestellt werden, zu entscheiden, inwiefern ihre parlamentarischen Vertreter die Grenzen zwischen nothwendigen taktischen Maßnahmen und den prinzipiellen Forderungen der Partei überschritten haben." — Die beiden Abgeordneten für München, v. Vollmar u. Birk, wurden einstimmig zu Delegirten für den Parteitag gewählt.

Von der königlich baierischen Regierung war die Handels- und Gewerbekammer für Oberbaiern zu München um ihr Gutachten betreffs des Gesetzentwurfes über die Abzahlungsgeschäfte befragt worden. Die Kammer formulirte dasselbe in einer am Dienstag abgehaltenen Sitzung, indem sie dem Entwurf generell zustimmte, indessen folgende Abänderungen empfahl:

1. Die Vereinbarung einer Konventionalstrafe, sowie die Verabredung, daß bei Nichtzahlung einer Rate die Restschuld sofort fällig sein solle, sollen bei Abschluß eines Abzahlungsgeschäfts nichtig sein.

2. Der Betrieb des Abzahlungsgeschäftes im Umherziehen, sowie das Aufsuchen von Bestellungen auf abzahlungsweise zu zahlende Gegenstände solle verboten werden.

3. Das Gesetz solle auch Anwendung finden, wenn der Käufer ins Handelsregister eingetragen ist.

Ein Antrag, den Eigenthumsvorbehalt bei Abzahlungsgeschäften überhaupt zu perhorresziren, wurde mit 10 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Karlsruhe, 10. November. Die gesammte badische Presse legt der gestrigen Auslassung der „Karlsruher Zeitung" bezüglich der Landwehr eine weitreichende politische Bedeutung bei und erklärt dieselbe für einen deutlichen Wink von maßgebendster Stelle, daß unsere Regierung nicht gewillt sei, gegenüber dem seit längerer Zeit von Berlin aus beliebten System kränkender Maßnahmen und Verhöhnungen gegen einen großen Theil der Bevölkerung in Zukunft still zu schweigen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. November. Der ungarische Fürstprimas Vassary ist gestern Abend hier eingetroffen und konferirte lange mit dem päpstlichen Nuntius. Heute wurde er vom Kaiser in Audienz empfangen. Die Veranlassung dazu ist unzweifelhaft die ungarische Krise resp. der Kirchenstreit in Ungarn. Das klerikale „Wiener Vaterland", welches dieselbe bespricht, droht mit einem „unberechenbar wilden Kulturkampf" und warnt vor schweren politischen Gefahren. Die Audienzen der ungarischen Staatsmänner beim Kaiser sind bisher ohne positives Ergebniß geblieben und werden morgen fortgesetzt.

Frankreich.

Paris, 10. November. Wenn die Ueberzeugung der Polizei, daß der vorgestern verwendete Sprengstoff aus dem Dynamitdiebstahl herrühre, der im Juli auf der Station Lachapelle verübt wurde, richtig ist, so dürfen wir noch schöner Dinge gewärtig sein. Damals verschwanden über hundertvierzig Kilogramm Dynamit; da die vorgestrige Bombe sieben Kilogramm enthalten haben dürfte, wäre noch Munition für etwa zwanzig ähnliche Attentate vorhanden. Die Polizei war auch in der Erkenntniß der Gefahr unausgesetzt bemüht, die verschwundene Sendung aufzuspüren; noch im September wurden die bezüglichen Weisungen an alle Präfekten erneuert, die Nachforschungen ungeschwächt fortzusetzen. Dieselben lieferten auch das Ergebniß, daß die Kisten mit Dynamit noch eine Strecke über Lachapelle hinaus befördert und hierauf geöffnet wurden, worauf der Inhalt in vielen kleinen Packeten nach Paris versendet ward. Die im Oktober vorgenommene Verhaftung eines Ehepaares Namens Ferdinand hängt mit dieser Entdeckung zusammen. Aber alle Bemühungen, den Pariser Dynamit-Versteck aufzufinden, blieben bis jetzt erfolglos. Anscheinend ist der Dynamit-Vorrath in kleinen Mengen unter verschiedene Anarchisten vertheilt worden, da größere Quantitäten sicher entdeckt worden wären.

Der Pelzfabrikant Schuhmann, bei dem Rabe gearbeitet hat, bekundet, letzterer habe am Dienstag Vormittag die Werkstatt nicht verlassen. Rabe wurde trotzdem in Haft behalten, da bei ihm außer einer umfangreichen Korrespondenz mit Francois Anleitungen zur Herstellung von Bomben und zwei Flaschen mit verdächtigem Inhalt gefunden wurden.

Gerüchtweise verlautet, heute Mittag wäre ein zweiter Mann „mit deutschem Accent" festgenommen worden.

Es beginnt wieder Drohbriefe zu regnen; unter Anderm wurde mehreren Polizeikommissaren sowie dem Chefredakteur der „Estafette", Peyronton, angekündigt, daß sie binnen Wochenfrist „auffliegen" würden. Vor dem Thore des „Petit Journal" wurde gestern Nacht ein cylindrisches Blechgefäß mit einer nicht brennenden Lunte aufgelesen.

Auch die Ausständischen von Carmaux strecken nicht die Waffen. Das Streik-Komitee forderte die begnadigten Arbeiter auf, sich am Schacht nicht einzufinden, weil man der Mehrheit der Begnadigten die Wiederaufnahme zugesagt, thatsächlich aber nur vier von den neun aufgenommen habe. Clemenceau und Pelletan haben ihnen telegraphisch den Rath ertheilt, nachzugeben. Die Stimmung unter den Arbeitern ist noch immer sehr erregt. Gestern wurde gegen zwei lärmende Straßenkundgebungen polizeilich eingeschritten.

Paris, 10. November. (W. T. B.) Deputirtenkammer. [Fortsetzung.] Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde der Gesetzentwurf betreffend die Reform der Getränkesteuer berathen. Der Deputirte Daumer brachte einen Abänderungsantrag ein, wonach sämmtliche zu Gunsten des Staates erhobenen Steuern auf Wein, Bier und Apfelwein aufgehoben werden sollen. Der Finanzminister Rouvier bekämpfte den Antrag; gleichwohl wurde die Inbetrachtnahme des Antrags mit 349 gegen 195 Stimmen beschlossen. Der Generalberichterstatter für das Budget erklärte, der Antrag Daumer werde einen Fehlbetrag von 88 Millionen im Budget zur Folge haben. Die Fortsetzung der Berathung wurde darauf vertagt.

Italien.

Bari, 10. November. (W. T. B.) Der Großfürst Thronfolger von Rußland, der heute aus Athen hier eintraf und bei der Ankunft von dem Divisions-Kommandeur empfangen wurde, besuchte im Laufe des Nachmittags die Basilika von St. Nikolas, wo ihn der gesammte Klerus erwartete. Morgen wird der Großfürst die Reise nach Wien fortsetzen.

Spanien und Portugal.

Lissabon, 10. November. (W. T. B.) Wegen einer gestern bei der Abfahrt des Königs stattgehabten Kundgebung, bei welcher wiederholt die Rufe: „Hoch das Vaterland! Nieder mit dem englischen Bündnisse!" gehört wurden, sind 9 Personen verhaftet worden. Unter den Verhafteten befinden sich der republikanische Deputirte Abrue, drei republikanische Journalisten und ein Sergeant.

Dänemark.

Kopenhagen, 10. November. (W. T. B.) Ein Erlaß des Ministers des Innern vom heutigen Tage ordnet eine thierärztliche Untersuchung von Hornvieh, Schafen, Ziegen und Schweinen, die zur Ausfuhr gelangen, an. Aus den von der Maul- und Klauenseuche infizirten Gegenden wird jede Ausfuhr nach dem Inlande wie nach dem Auslande untersagt. Die früheren die Seuche betreffenden Erlasse werden durch den heutigen Erlaß aufgehoben.

Schweden und Norwegen.

Aus Christiania wird dem „Berl. Tageblatt." unter dem 5. November geschrieben:

„Herr Professor Falb hatte für gestern einen kritischen Tag erster Ordnung angekündigt. Wir merkten davon freilich nichts, denn wir hatten hier gewöhnliches feucht-mildes Herbstwetter. Wenn aber Falb's Voraussagen auch für den politischen Wetterhimmel Geltung haben, so gab es gestern ungewöhnlich viel Unruhe. Der 4. November ist der Jahrestag der Vereinigung Norwegens und Schwedens. Man feierte gestern kein Jubiläum (die Union zählte 78 Jahre), und in der That ist zur Zeit nichts von erfreulicher Natur geschehen, was eine besondere Feier rechtfertigen könnte. Dessenungeachtet fanden sich die konservativen Vereine des Landes bemüßigt, den Tag mit lärmenden Tanzfesten zu begehen. Und dieser Umstand ist es, den man vielleicht als „kritisch" für die konservative Partei bezeichnen darf. Es soll gewiß nicht geleugnet werden, daß die Reden bei diesen Festen energisch auf die Noth-

wendigkeit einer Reform der Union hinweisen, es ist aber eine Thatsache, daß die herrschende Partei in Schweden sich dieser Reform widersetzt und lieber Anwendung von Gewalt oder Auflösung der Union befürwortet. Der 4. November gehört sonst zu den stilleren Feiertagen, der übrigens immer mehr in Norwegen als in Schweden gefeiert worden ist. Die Studenten in Christiania halten Ball und wechseln Telegramme mit den nicht tanzenden Studenten von Upsala, Lund und Stockholm, — der norwegische, dem Könige attachirte Staatsminister giebt eine Festtafel für die schwedischen Würdenträger, wobei besonders dieses Jahr sehr nichtssagende Toaste gesprochen worden sind. Irgendwelche Ordensverleihungen finden nicht statt, und die königliche Familie bleibt zu Hause."

Stockholm, 10. November. (W. T. B.) Die erste Abtheilung des Reichstagsausschusses zur Vorberathung der Armeeorganisationsvorlage stimmte den wichtigsten Bestimmungen derselben zu, wünschte jedoch verschiedene Ersparnisse und lehnte die Bildung eines Festungsartilleriekorps in Karlsborg ab. Als tägliche Löhnung für jeden zum Heeresdienst Einberufenen wurden 50 Oere vorgeschlagen.

Rußland.

Petersburg, 10. November. (W. T. B.) Das heute ausgegebene Cholera-Bulletin für die letzte Woche meldet das fast gänzliche Erlöschen der Epidemie in den Städten. In den Gouvernements Jekaterinoslaw, Kursk, Lublin, Szaratow, Ufa und Tschernipow kamen in der abgelaufenen Woche mehr als je 100, in Tambow und Cherson mehr als 300, in Bessarabien 453, in Podolien 561, im Bakugebiet 691 und in Kiew 1020 Cholera-Erkrankungen vor. Etwa die Hälfte der Erkrankten ist der Krankheit erlegen.

Afrika.

Von den ersten deutschen Ansiedlern in Deutsch-Südwestafrika sind aus Klein-Windhoek, dem Orte ihrer Bestimmung selbst, die ersten Nachrichten hier eingegangen, nachdem früher bereits aus Walfischbai der Meteorologe Dr. Dove, der im Auftrage der deutschen Kolonial-Gesellschaft wissenschaftliche und praktische Untersuchungen in Windhoek und Hoachanas vornehmen wird, berichtet hatte. Die neuesten Nachrichten lauten außerordentlich günstig. Der Dampfer „Agnes" der mit den Ansiedlern an Bord Hamburg am 15. Juni verlassen hatte, landete am 21. Juli in Walfischbai, von wo nach achttägigem Verweilen unter dem Schutz eines Theiles der Schutztruppe der Marsch über Land angetreten wurde. Nach mancherlei Mühsalen, aber doch ohne besonderen Zwischenfall trafen die Ansiedler am 23. August glücklich in Windhoek ein. Einer derselben, der Oberamtmann Nitze, den der Marsch durch den wüsten Küstenstrich wenig hoffnungsfroh gestimmt hatte, schreibt, daß dieser erste unbefriedigende Eindruck jetzt — das Schreiben datirt von Mitte September — nach nur dreiwöchigem Aufenthalt wieder völlig ausgelöscht sei und daß er nie wieder ein Land zu verlassen gedenke, das ihm alle Bedingungen einer gesicherten Existenz in reichem Maße biete. Nach ihrer Ankunft in Windhoek haben die Ansiedler zunächst mit dem Bau ihrer Wohnhäuser begonnen, und da ihnen seitens des Kommissariats das nöthige Vieh überlassen wurde, konnten sie auch sogleich die eigentliche Wirthschaft einrichten. Der Boden des Gartenlandes erweist sich für den Anbau europäischer Nutzhölzer und Nährpflanzen als durchaus geeignet. Die Ansiedler haben unter Benutzung der trockenen Jahreszeit ihre Gärten bereits bestellt und auf Versuchsfeldern Saatkämpe von Fichten, Kiefern, Akazien und Birken angelegt, die dank einer allerdings nothwendigen Berieselung gut aufgingen. Diese Berieselung wird mit dem Eintritt der Regenzeit naturgemäß überflüssig. Die Nachtfröste, die wiederholt eintraten, waren so leichter Art, daß sie den jungen Anlagen keinen Schaden thaten. In dem Missionsgarten tragen die dortigen älteren Feigen-, Pfirsich- und Granatbäume reichliche und gute Früchte. Nach dem Urtheil des Herrn Dr. Dove hat vor Allem der Anbau von Wein gute Aussichten auf Erfolg. Allerdings würden solche Versuche nur schrittweise und allmälig geschehen können, da die Ansiedler zunächst den Anbau von Gartenfrüchten für den eigenen Bedarf bewirken müssen. Zur Verbesserung der einheimischen Rindviehrasse hat der Oberamtmann Nitze einen Simmenthaler Zuchtstier mit hinübergenommen, dessen Dienste nicht blos von den älteren europäischen Ansiedlern, sondern auch von den Hereros für ihre zahlreichen Heerden sehr in Anspruch genommen werden, so daß Herr Nitze sogleich einen zweiten Zuchtstier aus Deutschland nachkommen lassen will. Das jetzt drüben befindliche Thier gedeiht bei dem dürren, aber nährreichen Gras der südwestafrikanischen Weide vortrefflich und zieht dieses jedem anderen Kraftfutter vor.

Amerika.

Kaiser Wilhelm ist, wie fast alle amerikanischen Blätter rühmend hervorheben, der einzige regierende Fürst, der zur Columbus-Weihefeier in Chicago einen Glückwunsch geschickt hat. Das bereits erwähnte Beglückwünschungstelegramm war an den Staatssekretär gerichtet und lautet wörtlich: „Der deutsche Kaiser läßt Ihnen durch den deutschen Geschäftsträger anläßlich des 400. Jahrestages der Entdeckung Amerikas seinen aufrichtigen Glückwunsch aussprechen und verbindet mit demselben seine herzlichsten Wünsche für die fernere Entwickelung des großen Landes, an dessen Spitze Sie stehen."

Newyork, 10. November. (W. T. B.) Nach hier eingegangenen Nachrichten ist es wahrscheinlich, daß auch der bisher republikanische Staat Ohio zu den Demokraten übergegangen ist. Den letzten Schätzungen zufolge würden im Wahlkollegium abgegeben werden für Cleveland 290, für Harrison 128 und für Weaver 26 Stimmen. (Mac Kinley war seiner Zeit Gouverneur von Ohio!)

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 11. November. Wie uns mitgetheilt, werden Gerichts- 2c. Referendare zur Ausbildung für den höheren Intendanturdienst vom königlichen Kriegsministerium wieder angenommen und finden daselbst günstige Beförderungsverhältnisse vor. Bezügliche Anträge nehmen die Militär-Intendanten der verschiedenen Armee-Korps entgegen.

— Zahlreiche Sternschnuppen sind in den Nächten vom 11. bis 15. November zu erwarten, da die Erde in dieser Zeit, wie alljährlich, den in 33 bis 34 Jahren um die Sonne rotirenden Sternschnuppenschwarm der Leoniden schneidet.

* Einem Arbeiter, welcher bei dem Kaufmann Robert Gumtow beschäftigt ist, wurden am 6. d. Mts. vom Flur des Hauses Wallstraße 20 2 Packete mit 57 Stück ungezeichneter Säcke gestohlen, dieselben repräsentiren einen Werth von etwa 14 Mark.

* In einem Anfall von Geistesstörung sprang in der vergangenen Nacht gegen ½3 Uhr der Arbeiter Wilhelm Zick aus einem Fenster seiner im zweiten Stock des Hauses Kirchenstr. 13 belegenen Wohnung. Er zog sich hierbei eine erhebliche Verletzung am Kopfe zu, sodaß er in das alte Krankenhaus gebracht werden mußte.

— Am nächsten Donnerstag schon findet in Wesel die Ziehung der großen Geld-Lotterie statt für die Zwecke der Wiederherstellung des Thurmes der Willibrordi-Kirche. Diese Lotterie ist ausgestattet mit Hauptgewinnen im Betrage von 90,000, 40,000, 10,000, 7300, 2 a 5000, 4 a 3000, 8 a 2000, 10 a 1000, 20 a 500, 40 a 300 Mark u. s. w., zusammen 342,300 Mark. Originalloose hierzu a Mark 3,50, ½ a Mark 1,75, sind noch bis auf Weiteres vorräthig im Bankgeschäft des Herrn Rob. Th. Schröder, Schulzenstr. 32.

— Im Ausgange des Monats Oktober war in der Provinz Pommern die Maul- und Klauenseuche in 26 Kreisen über 569 Gemeinde-Bezirken verbreitet und zwar waren Rinder, Schafe, Schweine und Ziegen davon ergriffen. Im Regierungsbezirk Stettin herrschte dieselbe in 11 Kreisen und 271 Gemeindebezirken, im Regierungsbezirk Köslin in 10 Kreisen und 65 Gemeindebezirken und im Regierungsbezirk Stralsund in 5 Kreisen und 233 Gemeindebezirken.

Aus den Provinzen.

Stralsund, 10. November. Wie die „Strals. Ztg." erfährt, haben die Gemeinde-Vertretungen der Ortschaften Zingst, Preow, Wieck, Born, Neuendorfer Haide, Michaelsdorf, Bodstedt, Bresewitz, Sundische Wiese und Pramort an den Herrn Regierungs-Präsidenten hierselbst eine Petition gerichtet, Inhalts welcher die Durchbaggerung des unmittelbar vor dem östlichen Ende des Zingster Stromes in südlicher Richtung liegenden, sich weit in den Barther Bodden erstreckenden sogenannten Salzhakens erbeten wird. — Zur Begründung dieser Petition wird angeführt, daß durch die Lage des sogenannten Salzhakens — ein bei niedrigem Wasserstande aus dem Wasser hervorragendes Sandriff — alle Fahrzeuge, welche den Bodden passiren, zu einem weiten Umwege gezwungen werden. — Wenn nun durch dieses Riff die erbetene Fahrrinne durchgebaggert würde, welche — die östliche Fortsetzung des Zingster Stromes bildend — diesen mit der kleinen Wieck verbände, so würde die Nothwendigkeit der Umsegelung des Salzhakens fortfallen und die Fahrstraße eine Verkürzung von etwa 1500 Meter erfahren, was bei der großen Frequenz von täglich mindestens 20 Schiffen von großer allgemeiner Bedeutung sein würde. Wichtiger noch als die soeben genannten Vortheile der Durchbaggerung dieses Sandriffs dürfte der Umstand sein, daß die Fahrt selber sich alsdann wesentlich bequemer gestalten und dadurch eine Ermäßigung der Frachten eintreten würde. An den großen Vortheilen der so verbesserten Fahrstraße würden — ausgenommen die Stadt Barth — sämmtliche an den Binnengewässern belegenen Ortschaften — in erster Linie die Stadt Damgarten mit ihrem lebhaften Getreidehandel — partizipiren. Zum Schluß werden in der Petition noch die großen Vortheile erwähnt, welche die der Stadt Stralsund gehörigen Ortschaften Sundische Wiese und Pramort durch die betreffende Durchbaggerung haben würden.

Köslin, 10. November. Heute Vormittag hat sich in seiner Wohnung ein hiesiger sehr angesehener Kaufmann erschossen, der erst vor kurzer Zeit sein Geschäft verkauft hat. Da der Unglückliche sich in sehr guten Vermögensverhältnissen befand und auch sonst keine Umstände vorliegen, die denselben zu der unglückseligen That können getrieben haben, so bleibt nur die Annahme übrig, daß der Verstorbene unter dem Einflusse einer Krankheit gehandelt hat.

Neustettin, 10. November. Zwei hiesige Musikergehülfen geriethen am Montag Abend in einem Gasthof mit einander in Streit, in dessen Verlauf der eine dem anderen mehrere Messerstiche beibrachte. Der letzte Stich wurde mit solcher Wucht geführt, daß die Messerklinge abbrach und in dem Schädel stecken blieb. Der Verwundete mußte in das Krankenhaus aufgenommen werden. Ein ärztlicherseits unternommener Versuch, die Klinge herauszuziehen, mißlang; dieselbe saß so fest im Kopfe, daß sie nochmals abbrach. Der Attentäter soll entflohen sein.

Jagd und Sport.

Der Gedanke, deutsch-österreichische Armee-Steeple-Chases zu veranstalten, an denen sich auch italienische Offiziere betheiligen können, hat festere Gestalt angenommen und darf wohl heute als gesichert gelten. In Deutschland ist es namentlich Generallieutenant von Rosenberg, der Vater des deutschen Hindernißsports, und der zweite Vorsitzende des Vereins für Hindernißrennen, Generalmajor von Podbielski, der ehemalige Kommandeur der Zietenhusaren, die sich lebhaft für diesen Plan interessiren. Eine große Anzahl Geldpreise soll ausgesetzt werden; der Sieger würde einen Ehrenpreis erhalten, der erste Geldpreis nicht übermäßig hoch bemessen sein. In Aussicht genommen dürfte auch eine Art Reiseunterstützung für alle Pferde sein, welche am Start erscheinen. Von deutschen Rennplätzen kommt selbstverständlich in erster Linie Berlin in Betracht; die Bahn des Vereins für Hindernißrennen eignet sich ganz vortrefflich für eine derartige gemeinsame Steeple-Chase; in zweiter Linie ist an Dresden gedacht; den österreichischen Rennplätzen sind die Verhältnisse insofern etwas ungünstig, als in Wien ein Verein für Hindernißrennen nicht besteht; man würde also nach Krakau oder nach Prag gehen müssen; auf einen Massenbesuch wie in Berlin und Wien ist natürlich dort nicht zu rechnen.

Vermischte Nachrichten.

(Insolvenz Ronacher in Berlin.) Die auf Mittwoch Abend von den Herren Alois und Rudolf Ronacher einberufene Gläubigerversammlung nahm einen ziemlich stürmischen Verlauf; gleichzeitig aber ließen die Verhandlungen erkennen, was man ungefähr auf der demnächstigen Generalversammlung des Lindenbauvereins zu hören bekommen wird. Herr Rechtsanwalt Mankiewicz erörterte zunächst die rechtlichen Gesichtspunkte auf Grund der seinerzeit mit dem verstorbenen Herrn Ronacher und dann mit dessen Söhnen abgeschlossenen Verträge, die zum größten Theil bei einer gerichtlichen Geltendmachung als hinfällig sich erweisen dürften, da sie von den Herren A. und R. Ronacher zum Theil abgeschlossen wurden, als diese sich in einer Zwangslage befanden, und da sie ferner zumeist eine Benachtheiligung der übrigen Gläubiger zu Gunsten des Lindenbauvereins involvirten. Es würde zu weit führen, einzelnes auch nur andeutungsweise auszuführen. Der Herr Rechtsanwalt schloß seine Aufklärungen mit dem Hinweise darauf, daß auf dem Prozeßwege oder bei einem Konkurse doch nichts Erkleckliches für die Gläubiger herauskomme, daß vielmehr den Gläubigern daran gelegen sein müsse, das Etablissement lebensfähig zu erhalten, daß eine Art Sequestration stattfinde und so die einzelnen Gläubiger, nach und nach befriedigt würden. Er schlägt deshalb vor, einen Gläubigerausschuß zu wählen, der ermächtigt wird, mit dem Lindenbauverein zu verhandeln und einen Vertrag mit demselben abzuschließen, wonach unter näher zu bestimmenden Bedingungen und Kautelen das Etablissement Ronacher in der Weise fortgeführt wird, daß die Gläubiger allmälig gleichmäßig befriedigt werden. Führen die Verhandlungen bis zum 1. Dezember d. J. zu keinem annehmbaren Resultat, so soll nach nochmaliger Einberufung der Gläubiger der Konkurs des Etablissements beantragt werden. Ein Herr von der Verwaltung des Lindenbauvereins suchte sodann das Vorgehen des Vereins gegen das Etablissement als nur im Interesse der Gläubiger geschehen darzustellen, fand indeß heftigen Widerspruch und scharfe Kritik aus der Versammlung heraus. Insbesondere wurde festgestellt, daß vor dem Vorgehen des Lindenbauvereins keine Pfändungen durch anderweite Gläubiger stattgefunden haben. Ueber den Status sei mitgetheilt, daß die Passiva etwa 1,000,000 Mark, die Aktiva etwa 200,000 Mark betragen würden. Die Einnahmen stellten sich während der 41 Tage des Bestehens des Etablissements auf rund 366,000 Mark (also etwa 9000 Mark pro Tag), die Ausgaben auf rund 340,000 Mk., so daß sich also ein Netto-Ueberschuß von 26,000 Mark ergeben würde. Für späterhin würden sich wohl noch Ersparnisse, nachdem die hohen Anfangsspesen überwunden, einführen lassen, so daß auf einen gütlichen Austrag der schwebenden Verbindlichkeiten wohl gerechnet werden dürfte. Der Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses mit den oben angedeuteten Befugnissen wird schließlich en bloc angenommen und 7 Herren mit dem Recht der Kooptation von der Versammlung in diesen Ausschuß gewählt.

Berlin, 10. November. (Hirschs T. B.) In einer heute Nachmittag stattgefundenen Sitzung des Aufsichtsraths des Aktien-Bauvereins „Unter den Linden" stellte das Mitglied, Herr Robert Salinger, unter ausführlicher Begründung den Antrag, „der gesammte Aufsichtsrath möge unter Würdigung der gegenwärtigen schwierigen Lage der Gesellschaft und angesichts der Strömung, welche gegenwärtig gegen den Verein herrsche, seine Mandate der am 15. d. Mts. stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung zur anderweitigen Verfügung stellen". Dieser Antrag fand sofort die Zustimmung eines weiteren Mitgliedes des Aufsichtsraths O. Hauff. Die hierauf unterbrochene Sitzung wird heute Abend fortgesetzt werden.

— Der große Bedarf an Wildschweinen Keilern, Bachen, Frischlingen, welche zu den jeden Dienstag und Freitag stattfindenden königlichen Parforcejagden nöthig sind, wird lediglich aus den mächtigen Forsten der Duberow bei Königs-Wusterhausen entnommen. Die Beförderung der Wildschweine nach der Saubucht erfolgt in Kastenwagen; die Thiere werden in dem Gehege installirt, bis sie endlich ihrem Schicksal überliefert werden. Der Bestand der Wildschweine in der Duberow ist überraschend groß, was sich daraus erklärt, daß auch während des strengsten Winters die Wildfütterung in zweckmäßigster Weise betrieben wird. Sehr interessant gestaltet sich eine derartige Fütterung: Ein Fuhrwerk, hochbeladen mit Mast aller Art, wie Maiskolben, Eicheln, Kastanien, Kartoffeln, fährt kreuz und quer durch die Forsten und, während der Kutscher lenkt, bläst ein Forstangestellter das Waldhorn, das weithin durch die stille Einsamkeit schallt. Auf diese Tonsignale eilt von allen Seiten die schwarze Schaar herbei, um sich oft in gefahrdrohender Weise um die schmackhafte Last des Wagens zu drängen. Selbst wenn die Thiere gelegentlich einmal aus Muthwillen einen Schlag über das Maul bekommen, so äußern sie ihren Unwillen höchstens durch ein kräftiges Grunzen, schütteln den Hieb von ihrem borstigen Fell phlegmatisch ab und setzen ruhig die Aesung weiter fort.

— Zu den nothwendigen Requisiten einer großen Bühne gehört auch ein Theaterschimmel. Auch das Hoftheater in Kassel hat einen solchen, der aber nicht immer seine Rolle durchzuführen weiß. Wenigstens ereignete es sich kürzlich gelegentlich der Aufführung von Wagner's „Rienzi", daß der Schimmel aus seiner Rolle und der Reiter aus dem Sattel fiel. In der Scene, in welcher der Heldentenor Herr Weltlinger als Rienzi hoch zu Rosse auf der Bühne erscheint, wurde das Thier plötzlich wild, vom Licht geblendet und von der Musik erschreckt, und bäumte sich nach den Koulissen zudrängend auf. Der Sänger versuchte es zu zügeln, während er sein „Santo spiritu cavaliere" anstimmte. Plötzlich machte das Pferd aber solche Sprünge, daß Herr Weltlinger es nicht ferner regieren konnte. „Ein eigentliches Hinabgeworfenwerden" — so meldet euphemistisch der Theaterbericht — „vermied er durch ein geschicktes Sichselbstherablassen, wobei er allerdings auch den Boden, aber nur sachte berührte. Schnell erhob sich der Sänger indessen wieder und sang seinen Part weiter, während das Pferd abgeführt wurde. Das Publikum, das schon unruhig geworden war, erkannte die Geistesgegenwart des Sängers durch lebhaften Beifall am Aktschluß an."

— Vor kurzem marschirte (so erzählt die „Volksztg.") ein österreichisches Regiment mit klingendem Spiel die Ringstraße entlang; als es sich der Börse näherte, gab der Dirigent das Zeichen zum Aufhören und plötzlich wurde es still. Dem Obersten des Regiments fiel das auf und er fragte, weshalb die Musik so plötzlich abgebrochen habe. — „Ich habe nach meiner Instruktion gehandelt," war die Antwort. — „Ach was, Instruktion," sagt der Oberst; „ich kenne die Instruktion auch, und da steht nichts davon drin." — „Halten zu Gnaden, Herr Oberst; meine Instruktion lautet: Wenn eine spielende Militär-Bande an einer anderen Bande, die auch spielt, vorbeikommt, so hat sie das Spiel einzustellen."

Breslau, 10. November. Ein Oderkahn, der 1400 Zentner Sprengpulver führte, gerieth unterhalb Ohlau in Brand. Es gelang, den Kahn zum Sinken zu bringen, ehe eine Explosion folgte. Die Mannschaft ist gerettet. Der Schaden beläuft sich auf 84,000 Mark.

Posen, 10. November. Auf der Bentschener Eisenbahnstrecke wurde Montag Abend zweimal der Versuch gemacht, Personenzüge zum Entgleisen zu bringen. Einmal war ein meterlanger Stein auf die Schienen gelegt, den die Maschine beiseite stieß, drei Stunden später stieß der von Birnbaum kommende Zug auf einen Pflug, welcher von der Maschine zermalmt wurde. Die Pflugtheile hatten sich so fest in die Radspeichen der Lokomotive geklemmt, daß dieselben ausgesägt werden mußten. Als muthmaßlicher Thäter wurde ein entlassener Eisenbahnarbeiter verhaftet.

Ostrau, 11. November. (Hirsch's T. B.) Bei dem Neubau eines großen Röhrenwerkes der Gleiwitzer Firma Huldschinsky und Söhne in Schwentrumm stürzte beim Montiren des eisernen Dachstuhles das Gerüst ein, 20 Arbeiter begrabend. Ein Arbeiter ist todt, drei sind lebensgefährlich und 11 leicht verletzt.

Altona, 10. November. Die berüchtigten Einbrecher Drechsler Krüger, Schlosser Bien und Klempner Klatte, welche im Sommer aus dem Altonaer Gefängniß ausgebrochen waren, wobei sie den Gefängnißwärter Hansen zu ermorden versuchten, und später in Braunschweig ergriffen wurden, sind heute vom Schwurgericht zu 14 bezw. 10 und 5 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden.

Kassel, 11. November. (Hirsch's T. B.) Stadtkämmerer Dott-Gudensberg ist wegen Unterschlagung von 40,000 Mark Sparkassengeldern zu 4 Jahren Gefängniß verurtheilt worden.

Wien, 11. November. (Hirschs T. B.) Die Unterschlagungen des Dr. Raindl betragen 1½ Millionen Mark. Dr. Raindl war auch bei der Regulirung des Nachlasses des Kaisers Ferdinand, der 170 Millionen hinterließ, thätig.

Börsen-Berichte.

Stettin, 11. November. Wetter: Trübe. Temperatur + 4° Reaumur, Barometer 773 Millimeter. Wind: SO.

Weizen ruhig, per 1000 Kilogramm loko 140—149 bez., per November 149,00 bez., per November-Dezember 149,00 bez., per April-Mai 156,00 B. u. G.

Roggen ruhig, per 1000 Kilogramm loko 130—132,00 bez., per November 133,00 G., per November-Dezember 133,00 G., per April-Mai 139,00—138,00 bez.

Gerste per 1000 Kilogramm loko pommersche 135—140, Märker 136—144.

Hafer per 1000 Kilogramm loko pommerscher 137 bis 141.

Rüböl matter, per 100 Kilogramm loko ohne Faß November-Dezember 51,00 B., per April-Mai 51,50 B.

Spiritus matter, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 31,0 bez., per November 70er 30,5 nom., per November-Dezember 70er 30,5 nom., per April-Mai 70er 32,0 nom., per Mai-Juni 70er 32,5 nom.

Petroleum ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen 149,00, Roggen 133,00, 70er Spiritus 30,5, Rüböl —,—

Angemeldet: 2000 Zentner Weizen. —,— Zentner Roggen.

Berlin, 11. November. Weizen per November 154,00 bis 153,50 Mark, per November-Dezember 153,50 Mark per April-Mai 155,50 Mark.

Roggen per November 137,50 bis 137,75 Mark, per November-Dezember 137,75 Mark, per April-Mai 139,50 Mark.

Rüböl per November 52,20 Mark, per April-Mai 52,20 Mark.

Spiritus loko 70er 32,50 Mark, per November 70er 31,50 Mark, per November-Dezember 70er 31,50 Mark, per April-Mai 70er 32,90 Mark.

Hafer per November 146,50 Mark, per April-Mai 143,25 Mark.

Petroleum per November 22,10 Mark.

London. Wetter: feucht.

Berlin, 11. November. Schluß-Kourse.

Preuß. Consols	4%	106,80
do. do.	3½%	100,25
Deutsche Reichsanl.	3%	86,10
Pomm. Pfandbriefe	3½%	97,40
Italienische Rente		92,40
do. 3% Eisenb.-Oblig.		56,10
Ungar. Goldrente		95,50
Rumän. 1881er amort. Rente		96,80
Serbische 5% Rente		76,25
Griechische 5% Goldrente		57,75
Russ. Boden-Credit	4½%	98,90
do. do. von 1880		96,65
Mexikan. 6% Goldrente		78,30
Oesterr. Banknoten		170,65
Russ. Banknot. Cassa		200,80
do. do. Ultimo		204,00
National-Hyp.-Cred.-Gesellschaft (110)	4½%	104,50
do. (110)	4%	101,50
do. (100)	4%	100,75
P. Hyp.-A.-B. (100) 4% V.—VI. Emission		102,10
Stett. Vulc.-Act. Litt. B		108,50
Stett. Vulc.-Priorität		—,—
Stett. Maschinenb.-Anst. vorm. Möller u. Holberg Stamm-Akt. a 1000 M.		—,—
do. 6 proz. Prioritäten		—,—
Petersburg kurz		200,50

London kurz	—,—
London lang	—,—
Amsterdam kurz	—,—
Paris kurz	—,—
Belgien kurz	—,—
Bredow. Cement-Fabr.	82,10
Neue Dampf.-Com. (Stettin)	76,00
Stett. Chamotte-Fabr. Didier	194,00
„Union", Fabrik chem. Produkte	121,75
Ultimo-Kourse	
Disconto-Commandit	192,25
Berliner Handels-Gesell.	184,75
Oesterr. Credit	135,75
Dynamite-Trust	166,40
Bochumer Gußstahlfabrik	136,40
Laurahütte	121,25
Harpener	161,40
Hibernia Bergw.-Gesellsch.	132,40
Dortm. Union St.-Pr. 6%	121,75
Ostpreuß. Südbahn	59,70
Marienburg-Mlawka-bahn	60,50
Mainzerbahn	112,40
Norddeutscher Lloyd	113,25
Lombarden	41,20
Franzosen	—,—

Tendenz: fest.

Paris, 10. November, Nachmittags. (Schlußkourse.) Fest.

		Kourse vom 9.
3% amortisirb. Rente	99,45	99,45
3% Rente	99,55	99,32½
4½% Anleihe	—,—	—,—
Italienische 5% Rente	92,82½	92,55½
Oesterr. Goldrente	—,—	—,—
4% ungar. Goldrente	95,93	95,62½
4% Russen de 1880	—,—	—,—
4% Russen de 1889	96,60	96,40
4% unifiz. Egypter	505,22	505,62
4% Spanier äußere Anleihe	63,25	63,00
Convert. Türken	21,77½	21,70
Türkische Loose	91,75	91,50
4% privil. Türk.-Obligationen	430,00	430,00
Franzosen	—,—	633,75
Lombarden	220,00	221,25
„ Prioritäten	—,—	—,—
Banque ottomane	596,00	593,00
„ de Paris	675,00	676,00
„ d'escompte	198,00	195,00
Crédit foncier	1108,00	1105,00
„ mobilier	127,00	128,00
Meridional-Aktien	641,00	638,00
Panama-Kanal-Aktien	—,—	—,—
„ 5% Obligationen	—,—	—,—
Rio Tinto-Aktien	403,75	398,10
Suezkanal-Aktien	2631,00	2628,00
Gaz Parisien	—,—	—,—
Credit Lyonnais	781,00	782,00
Gaz pour le Fr. et l'Etrang.	—,—	—,—
Transatlantique	—,—	—,—
B. de France	3990,00	3990,00
Ville de Paris de 1871	—,—	—,—
Tabacs Ottom.	368,00	367,00
2¾ Cons. Angl.	—,—	—,—
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122⁹⁄₁₆	122⁹⁄₁₆
Wechsel auf London kurz	25,14½	25,14
Cheque auf London	25,16	25,15½
Wechs. Amsterdam k.	206,12	206,25
„ Wien k.	207,75	207,75
„ Madrid k.	431,00	431,00
Comptoir d'Escompte neue	523,00	522,50
Robinson-Aktien	99,30	98,75
Neue Rente	—,—	—,—
Portugiesen	24⅞	24,62
3% Russen	79,45	79,30

Bremen, 10. November. (Börsen-Schluß-Bericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Ruhig. Loko 5,75 G. Baumwolle höher.

Wien, 10. November. Getreidemarkt. Weizen per Herbst — G., — B., per Frühjahr 7,79 G., 7,82 B. — Roggen per Herbst — G., — B., per Frühjahr 6,72 G., 6,75 B. — Mais per November 5,20 G., 5,25 B., per Mai-Juni 5,22 G., 5,25 B. — Hafer per Herbst — G., — B., per Frühjahr 5,92 G., 6,02 B.

Amsterdam, 10. November, Nachmittags. Bancazinn 57,00.

Amsterdam, 10. November. Java-Kaffee good ordinary 55,50.

Amsterdam, 10. November, Nachmittags. Weizen per November —, per März 176. Roggen per März 130.

Antwerpen, 10. November, Nachm. 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loko 13⅜ bez. u. B., per November 13⅜ B., per Dezember 13½ B., per Januar-März 14 B. — Ruhig.

Antwerpen, 10 November. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen unbelebt. Hafer schwach. Gerste ruhig.

Paris, 10. November, Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 38,50. — Weißer Zucker matt, Nr. 3 per 100 Kilogramm per November 40,50, per Dezember 40,75, per Januar-April 41,50, per März-Juni 42,00.

Paris, 10. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen beh., per November 21,30, per Dezember 21,60, per Januar-April 22,20, per März-Juni 22,60. Roggen matt, per November 14,10, per März-Juni 14,90. Mehl beh., per November 48,20, per Dezember 48,60, per Januar-April 49,30, per März-Juni 50,10. Rüböl träge, per November 59,50, per Dezember 59,75, per Januar-April 60,50, per März-Juni 60,75. Spiritus ruhig, per November 45,50, per Dezember 46,00, per Januar-April 46,50, per Mai-August 46,50. — Wetter: Bedeckt.

Havre, 10. November, Vorm. 10 Uhr 30 M. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Ko.) Kaffee good average Santos per Dezember 96,00, per März 95,00, per Mai 94,25. — Fest.

London, 10. November. 96% Javazucker loko 16,37, ruhig. — Rüben-Rohzucker loko 14,00, ruhig. — Centrifugalzucker —,—.

London, 10 November. Chili-Kupfer 45,50, per 3 Monat 45¹⁵⁄₁₆.

London, 10. November. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. — Wetter: Bewölkt.

Glasgow, 10. November, Nachm. Roheisen. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 41 Sh. 5 d.

Glasgow, 10. November. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 357,061 Tons gegen 499,403 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 78 gegen 76 im vorigen Jahre.

Newyork, 10. November, Vorm. Petroleum. (Anfangskourse.) Pipe line certificates per Dezember —,—. Weizen per Dezember 77,25.

Newyork, 10. November. Wechsel auf London 4,83¾. — Petroleum in Newyork 5,10, in Philadelphia 5,85 rohes (Marke Parkers) 5,35. Pipe line certif. per Dezember — D. 51⅞ C. Mehl 3 D. 00 C. Rother Winterweizen loko — D. 75½ C. Rother Weizen per November — D. 75½ C., per Dezember — D. 76½ C., per Mai — D. 83⅝ C. Getreidefracht 2¼. Mais per Dezember 50⅝. Zucker 2⅞. Schmalz loko 9,77. Kaffee Rio Nr. 7 16⅜. Kaffee per Dezember ord. Rio Nr. 7 15,50. Kaffee per Februar ord. Rio Nr. 7 15,15. Weizen Anfangs-Kours per Dezember 77,25.

Woll-Berichte.

Antwerpen, 10. November, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Herren Wilkens u. Co.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., per Dezember 4,42½ Verkäufer, per Mai 4,52½ Käufer.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 11. November. Gestern Nachmittag um 2 Uhr wurde eine hier erschienene anarchistische Zeitung, welche den Titel „Arbeiterzeitung" trug, von der Polizei mit Beschlag belegt. Die Zeitung sollte als Demonstration für den 11. November, dem Hinrichtungstage der Anarchisten in Chicago, gelten. Der Herausgeber der Zeitung, Namens Leimert, hat der Polizei so zeitig von dem Erscheinen derselben Anzeige gemacht, daß noch die ganze Auflage von den erschienenen Beamten konfiszirt werden konnte.

Wien, 10. November. Wie aus Pest gemeldet wird, verlautet in dortigen politischen Kreisen, daß auch Mitglieder des Magnatenhauses, und zwar der zweite Präsident Kronbüter, Schlavy, Waitner, Bischof, Konstantin Schuster und der Führer der streng katholischen Partei, Graf Ferdinand Zichy Berufungen an das Wiener Hoflager erhalten haben. Die Lösung der Krise erwartet man nicht vor Sonnabend.

Pest, 11. November. Von gestern früh 6 Uhr bis Abends 6 Uhr sind 9 Erkrankungen und 3 Todesfälle vorgekommen.

Brüssel, 11. November. Hauptmann Jacques, der Führer der belgischen Antisklavereitruppe, meldet von Tanganyikasee: das ganze Gebiet ist von arabischen Sklavenhändlern verwüstet. Größte Noth, sendet schleunigst Hülfe!

Paris, 11. November. Der gestern verhaftete Anarchist Rabe ist wieder frei gelassen worden, da sich für die Beschuldigung, das jüngste Attentat veranlaßt zu haben, keine Anhaltspunkte ergaben.

Marseille, 11. November. Der Schaden, welcher durch die von den Pyrenäen-Flüssen angerichteten Ueberschwemmungen entstanden ist, ist ein ganz ungeheurer. Bei Vinca ist die Eisenbahnbrücke eingestürzt, wobei viele Personen ertrunken sind. 31 Häuser wurden vom Strome fortgerissen. 60 Familien sind obdachlos, zahlreiches Vieh ist zu Grunde gegangen.

London, 11. November. Der „Times" wird aus Philadelphia gemeldet, die Regierungsbeamten hätten aus Besorgniß vor einer Erneuerung der Cholerapanik beschlossen, die zwanzigtägige Quarantäne streng durchzuführen. Alle Fremden, welche dauernd ihren Wohnsitz in den Vereinigten Staaten nehmen wollen, sollen ohne jeden Unterschied als Auswanderer angesehen werden.

Bukarest, 11. November. Die türkisch-tartarische Bevölkerung beginnt wegen des großen Elends, in dem sie sich hier befindet, massenhaft nach der Türkei auszuwandern, woselbst ihr von der türkischen Regierung Ländereien angewiesen werden.